



Hauptstadt-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben turbulente Zeiten innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Ich bin nun seit knapp 10 Jahren Mitglied des Bundestages und habe ehrlich gesagt eine solche Situation noch nicht erfahren.

Die Fronten zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer sind völlig verhärtet. Seehofer und die CSU verlangen einen sofortigen Beschluss der Kanzlerin für Zurückweisungen an deutschen Grenzen. Die Union zwischen CDU und CSU durchlebt eine Krise aufgrund einer Frage, für die ich schon seit 2015, also seit Beginn des starken Flüchtlingsstroms nach Deutschland, eine Lösung formuliert, auch unter starkem Gegenwind innerhalb meiner Partei stets vertreten habe und nun großen Zuspruch von meinen Fraktionskollegen erhalte: Zurückweisungen von Personen an der deutschen Grenze, die bereits in einem anderen Land nachweislich einen Asylantrag gestellt haben. Diese sogenannten „Dublin-Fälle“ sind der Stein des Anstoßes für den sehr harten Kurs der CSU gegenüber der Kanzlerin. Angela Merkel hat sich nun für eine europäische Lösung in diesem Sinne innerhalb von 14 Tagen bis zum Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 28./29. Juni gegenüber der Bundestagsfraktion verpflichtet. Diese Ankündigung der Kanzlerin in der gestrigen denkwürdigen Sondersitzung des CDU-Teils der Fraktion halte ich für äußerst ambitioniert. Wenn ihr diese europäische Einigung nicht gelingen sollte, werden viele Angehörige der CDU-Fraktion wie auch ich fordern, mit Zurückweisungen der Dublin-Fälle an deutschen Grenzen zu beginnen. Aber der Kanzlerin diese Verhandlungsmöglichkeiten in den kommenden 14 Tagen nicht zu gewähren, halte ich für völlig unverantwortlich.

Warum setzt sich Angela Merkel diese kurze Frist? Weil wir Innenpolitiker schon seit Monaten auf eine Lösung beim Europäischen Rat im Juni drängen. Wir können uns nicht wie schon seit drei Jahren tatenlos wieder bis zum nächsten EU-Gipfel vertrösten lassen. Wenn die europäischen Partner nachhaltig nicht bereit sind Ordnung, Sicherheit und einen fairen Ausgleich zu ermöglichen, muss Deutschland ein deutliches politisches Signal senden und die Zahl illegaler Grenzübertritte weiter senken. Wir müssen mit Deutschland weiterhin die europäische Meisterschaft anstreben, ja, aber eben auch die Deutsche Meisterschaft gewinnen. Insofern könnte sich die CSU durchaus auch am Zielbild des FC Bayern orientieren. Die CSU belastet mit ihrer übergroßen Wahlhektik das Klima innerhalb der Unionsfraktion erheblich. Wenn die Schwesterpartei überdreht, verliert sie auch meine Unterstützung.

Der heute durch die Koalition beschlossene Gesetzentwurf zum Familiennachzug wird den Zuzug erheblich kontingentieren und reduzieren. Die AfD sowie die FDP haben das Thema benutzt, um über Zurückweisungen an deutschen Grenzen namentlich abstimmen zu lassen. Beide Anträge habe ich abgelehnt. Und das aus den gleichen Gründen wie gegenüber der CSU: Wir haben in der CDU die klare Abmachung getroffen, dass wir der Kanzlerin die Chance geben, in den kommenden zwei Wochen eine europäische Lösung für Deutschland in dieser Frage zu erreichen. Mir ist Europa zu wichtig, als dass ich diese Chance verstreichen lassen will. Sollte das nicht gelingen, plädiere ich nach wie vor für schnelle nationale Maßnahmen an der Grenze. Ich weiß, dass diese Haltung nicht einfach wirkt, aber wer hier einfach argumentiert, agiert am Ende auch naiv.

Ihr



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Jahrelanger Einsatz trägt Früchte: Lärmschutz an Rheintalbahn durchgesetzt

Armin Schuster erklärte dazu folgendes: „Auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages von CDU/CSU und SPD stellte Staatssekretär Enak Ferlemann im Verkehrsausschuss klar, dass die vom Projektbeirat beschlossenen Grundlagen bezüglich Lärmschutz Geltung haben: Für die Berechnung des Lärmschutzes muss von den Zugprognosezahlen 2025 ausgegangen werden. Damit waren unsere gemeinsamen, parteiübergreifenden Initiativen erfolgreich. Lärmschutz als Vollschutz war die eindeutige Verabredung im Projektbeirat, die wir in mühevollen Verhandlungen erreicht haben. Wir senden damit ein deutliches Signal an die betroffenen Gemeinden und Bürger, dass es keine Abstriche am Lärmschutz geben wird. Ich sehe darin auch mein jahrelanges, parteiübergreifendes Engagement für die Rheintalbahn bestätigt. Die Entscheidung im Verkehrsausschuss gibt mir Auftrieb, mein Engagement für den Aus- und Neubau der Rheintalbahn fortzusetzen und auch die anderen, noch offenen Diskussionspunkte und Probleme konstruktiv zu lösen. Ich habe deshalb meine Forderung bekräftigt, möglichst zeitnah eine Rheintalbahnkonferenz anzusetzen.“



Das **Sommerfest der CDU-Breisgau-Hochschwarzwald** fand im passenden Ambiente im Weingut Glöckler statt. Zahlreiche Gäste kamen und genossen die Gesellschaft unter Freunden. Hauptredner war Guido Wolf, Minister für Justiz und Europaangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.



Besuch der Führungsgruppe der Bundespolizeidirektion Frankfurt (Oder)

Im Rahmen eines Gemeinschaftstages der Belegschaft der Führungsgruppe der Bundespolizeiinspektion Frankfurt (Oder) besuchten die Teilnehmer den Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Bundespolizeidirektor Armin Schuster im Deutschen Bundestag. In sehr persönlicher Atmosphäre wurden bundespolizeilich und innenpolitisch relevanten Themen wie die Handhabung des Einwanderungsrechts und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber diskutiert.

KURZ BERICHTET

Deutsche Wirtschaft macht Fortschritte in der Digitalisierung

Die meisten deutschen Unternehmen zeigen eine große Offenheit gegenüber der Digitalisierung und stellen sich auf die veränderten Marktbedingungen ein. So sehen laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom 9 von 10 Unternehmen (89 Prozent) die Digitalisierung eher als Chance für das eigene Unternehmen, nur acht Prozent nehmen sie überwiegend als Risiko wahr. Zudem haben mittlerweile 78 Prozent der Unternehmen eine Digitalstrategie (2017: 68 Prozent). Die zunehmende Verbreitung von Digitalstrategien führt auch dazu, dass Unternehmen ihre Produktpalette anpassen. So nehmen 37 Prozent als Folge der Digitalisierung Produkte und Dienstleistungen vom Markt, 63 Prozent passen ihr bestehendes Portfolio an. Fast jedes zweite Unternehmen (48 Prozent) bietet als Reaktion auf die Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen an, vor einem Jahr waren es nur

Trendwende in der europäischen Geldpolitik

Angesichts der in der Eurozone verbesserten Konjunktur und der gestiegenen Inflation hat die Europäische Zentralbank (EZB) gestern das Ende ihrer billionenschweren Anleihenkäufe bekannt gegeben. Die Konjunkturdaten der Eurozone und die Inflationsraten um 2 Prozent haben der EZB zunehmend die Grundlage für ihre Politik des billigen Geldes entzogen. Daher war es notwendig, den Ausstieg anzukündigen und ein allgemein verträgliches Programm einzuleiten. Ein abrupter Politikwechsel hätte hingegen wirtschaftliche Verwerfungen hervorrufen können. Perspektivisch könnte es wichtig werden, über Zinsmaßnahmen nachzudenken, um die notwendigen geldpolitischen Spielräume für konjunkturell schlechtere Zeiten schaffen zu können.

TERMINHINWEISE

22. Juni 2018

Backstage: Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung zum Thema Grenzschutz
14:00 Uhr | Bad Krozinger Rebburg

23. Juni 2018

Sommerfest St. Josefshaus
14:30 Uhr | Rheinfelden-Herten